

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kedaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 10. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Entente gegen Völkerbund.

Paris, 10. Oktober. (WZB.) Nach einem Bericht des Genfer Korrespondenten des „New York Herald“ liegt die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage den Mächten bereits vor. Diese hätten sich jedoch gewelgert, ihren Vertretern im Völkerbunde deren Billigung zu gestatten, falls nicht gewisse Abänderungen getroffen würden. Es verlautet, daß ein nichteuropäisches Mitglied des Völkerbundes gedroht habe, sich von der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen. Der Völkerbund hatte jetzt nur noch zum Schein Sitzungen ab. Inzwischen würden seitens der Mächte die Geheimverhandlungen über die vorgeschlagene Lösung fortgesetzt. Der Führer der Opposition sei England, das sich weigere, auch Königsgrube und Kattowitz Polen auszuliefern.

Paris, 10. Oktober. (WZB.) Havas meldet aus Genf, der Völkerbund sei noch nicht in der Lage, sein Gutachten über die oberschlesische Frage abzugeben. Die Schlussfolgerungen der vier nicht ständigen Mitglieder, die mit der Prüfung der Frage beauftragt seien, seien dem Völkerbunde noch nicht unterbreitet worden. Er werde erst Anfang nächster Woche in einer Beschlusung davon Kenntnis nehmen.

Wie England denkt.

Eines der hervorragendsten Unterhausmitglieder, Kennworthy, lenkt in einem Brief an die „Times“ Englands Aufmerksamkeit von neuem auf Oberschlesien. Das mindeste, heißt es in dem

Schreiben, was der Völkerbund tun könne, sei die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen. Oberschlesien sei der höchstentwickelte Industriebezirk Europas, es sei unteilbar wie das Wert einer Uhr. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen eine Teilung, sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde. Das Interesse der unglücklichen Bewohner müsse in Erwägung gezogen werden, „selbst vom Völkerbunde, in dem sie nicht vertreten seien“. Die ursprüngliche Abstimmung in Oberschlesien sei vorgenommen worden unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung darüber abstimmen solle, ob die gesamte Provinz an Deutschland oder an Polen fallen solle. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergeben hätte, die gesamte Provinz an Polen gegeben worden wäre. Nicht fünf vom Hundert der oberschlesischen Bevölkerung würden für eine Teilung gestimmt haben. Bevor man daher Oberschlesien teile, müsse eine neue Abstimmung über die Frage der Teilung stattfinden. Wenn sich die Bevölkerung gegen eine Teilung erkläre, dann müsse man der Provinz östliche Autonomie unter deutscher Souveränität geben. Dies sei zwar keine ideale Lösung, aber polnische Geld, polnische Arbeitergesetzgebung (bzw. deren Mangel) und polnische Unerschlichkeit auf der einen Seite der Grenzlinie und deutsches Geld, deutsche Arbeitergesetze und deutsche industrielle Tätigkeit auf der anderen Seite und dazwischen Zoll- und Passschränken bedeuteten den Ruin eines reichen Gebietes, das für Europa eine Lebensnotwendigkeit sei.

Mörderzentrale „Oberland“.

München, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Münchener Post“ bringt heute wieder umfangreiches Material über die in München bestehende Mörderzentrale und ihre Zusammenhänge mit dem oberschlesischen Mörderreg. Sie schreibt: In München besteht kein „Warskommando“, sondern es heißt nämlich „Kollkommando in Oberschlesien“. Die Leute des Kollkommandos sind ausgerüstet mit Gummirollen und Browning. Ihr Führer in München hat fünf Wohnungen. Ein Sonderband dieser Organisation heißt: Bund der Elf. Das Artilleriedepot dieses Oberlandes hat einen eigenen Intendanten und erhält von der Zentrale in Breslau die Gelder. Ein Münchener Professor ist Batterieführer von Geschützen, die das Oberland an bestimmten Orten in den Vororten Münchens versteckt hat. Eine Hausführung in sämtlichen Bureaus des Oberlandes ist deswegen meistens ergebnislos, weil die betreffenden Herren die Akten in ihre Wohnungen mitnehmen. Die Akten des Artillerieregiments Oberland enthalten die

tungen etwas „von Berlin“ lese. Es wurde seitherzeit über die Befestigung von Rathenau und Stadnauer gesprochen.

Hierzu schreibt unser Münchener Parteiblatt: Warum hilft man heute nicht mit an der Aufhebung der dunklen Massen, warum versucht man im Gegenteil zu verhaseln? Warum überläßt man die Reinigung aller eitrigen Stellen im Volkstörper allein den Sozialdemokraten?

Ein Kappist verhaftet.

München, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Arzt Georg Schiele, der neuerdings staatsrätlich verfolgte Kappist, wurde, wie wir soeben erfahren, in München verhaftet.

Es ist kein Zufall, daß der Kappist in München und daß er erst jetzt, nach dem Aufhören des Pöchner-Systems, dort verhaftet wurde.

Totenfeier in München.

München, 9. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In München fand am gestrigen Sonntag unter dem Titel „Toten- und Opfertag“ an dem Ort der einstigen Einwohnerwehrrunde, dem Königsplatz, wieder eine gewaltige Heerschau des militärischen und nationalsozialistischen Bayerns statt. Im übrigen waren alle Theater, requisierten des alten Zeitalters aufgegeben worden, um dem Volk den Jammer über die verlorene herrliche Zeit zu erwecken.

Was der Kardinal Faulhaber dem menschenübersäten Königsplatz zu sagen hatte, macht dem als sozial denkend bekannten Erzbischof alle Ehre, mag aber manchem der Untenstehenden wie ein kalter Wasserstrahl vorgekommen sein. Er leitete seine Amtshandlung ein mit dem Satz: „Das Wort Gottes heißt Bereitschaft, den Frieden zu verkünden!“ Manches seiner weiteren Worte aber sah wie ein wohlgeleiteter Hieb auf den Helmen und Zolindern:

„Ein Volk, das die Gräber nicht in Ehren hält, und wären es die Gräber der Feinde, verdient nicht zu leben. Wir wollen hier keine militärische Demonstration feiern und den europäischen Frieden bedrohen, sondern unseren gefallenen Brüdern ein Denkmal in unserer Seele errichten.“

Die Toten, die wir heute feiern, haben ein Recht nicht allein auf ein feierliches Denkmal, sondern darauf, daß ihre invaliden Kameraden versorgt werden. Wir haben Krieg genug gehabt, wir wollen Frieden! Es liegen beieinander im Massengrab die Söhne des Volkes vom Bauernhof und von der Fabrik, wir Lebenden aber zerstreuen uns um materieller Interessen willen. Der Opfertag sollte sein ein Tag reiner sozialer Verköhnerung.“

Der Vorsitzende des Münchener Kriegervereins begrüßte mit aller Ehrfurcht die königlichen Hebeiten und Ergzellenen und teilte mit vor Mührung zitternder Stimme mit, daß er als einfacher Bürgermann vom König Ludwig beauftragt worden sei, einen Kranz am Katafalk niederzulegen.

Das Komitee hatte sich auch unseren Genossen Schmidt, den ersten Bürgermeister als Redner verschrieben. Was dieser ihnen zu sagen hatte, das waren wohl auch nicht Worte, wie sie von so manchem Teilnehmer erwartet worden war. Genosse Schmidt sagte u. a.:

„Unser aller unüberbrückliche Pflicht ist es, den Hinterbliebenen der armen Kriegeropfer zu helfen. Solches unermessliches Unglück wird von uns in Zukunft nur dann ferngehalten werden können, wenn wahre Menschlichkeit und Gerechtigkeit unter uns und allen Nationen eingelehrt ist.“

Die Regierungsbildung in Schweden. Nach Untersuchung der verschiedenen Möglichkeiten, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zustandezubringen, hat der schwedische König Branting erucht, das Kabinett zu bilden. Branting hat den Auftrag angenommen.

Konnten wir weiterkämpfen?

„In anderen europäischen Ländern zieht das Volk nach einer Niederlage seine militärischen und politischen Führer zur Rechenschaft. In Deutschland ist es den Generälen gelungen, die Beschimpfung und Beächtigung des eigenen Volkes zu organisieren.“ Diese Sätze stehen im Vorwort einer Broschüre, in der Genosse Adolf Köster mit der Dolchstoßlegende abrechnet, die er mit Recht eine der hinterlistigsten und zugleich dümmsten Legenden nennt, die gegen die Republik mobilisiert worden sind.

Im ersten Teil der Schrift untersucht Köster die militärische Lage beim Waffenstillstand. Wir können ihm nur recht geben mit seiner Bemerkung, daß die militärischen Ereignisse der letzten Kriegsmonate in Deutschland fast ganz unbekannt sind und daß die militärische Fachschriftstellerei sich geflissentlich hütet, die Aufmerksamkeit auf diesen Teil des Weltkrieges zu lenken. An Hand genauen statistischen Materials zeigt Köster, daß das deutsche Westheer vollkommen geschlagen und abgetötet war. Die französische Behauptung, daß nur der Waffenstillstand es vor der völligen Katastrophe bewahrt habe, ist wie jede Hypothese zwar nicht restlos zu beweisen, aber außerordentlich wahrscheinlich. Das deutsche Heer hatte vom 15. Juli bis 10. November neben 360 000 Gefangenen an Material verloren etwa ein Drittel seiner leichten und schweren Artillerie und ein Viertel seiner Maschinengewehre. Die Divisionen waren Divisionen nur noch dem Titel nach, die Bataillone von vier auf drei Kompanien reduziert, die Reserve bestand nicht mehr aus ausgerüsteten, sondern aus abgetöteten Divisionen.

Die amerikanische Armee, die nach Herrn Hergt nicht fliegen und nicht schwimmen konnte, stand im Sommer 1918 etwa 1,4 Millionen Mann, im November 2 Millionen Mann stark auf französischem Boden. Hätte Ludendorff bis Frühjahr 1919 Krieg geführt, so wäre sie inzwischen auf drei Millionen angewachsen. Frankreich besaß außerdem noch Menschenreserven in seiner Kolonialbevölkerung, England in seiner heimischen Bevölkerung. Dem konnte Deutschland nur das letzte minderwertige und ausgemergelte Menschenmaterial gegenüberstellen.

Als der Waffenstillstand geschlossen wurde, hatte das deutsche Heer vier Monate Niederlagen und vier Monate Rückzug hinter sich. Keine einzige der rückwärtigen Stellungen hatte gehalten werden können. Siegfriedstellung, Hermannstellung, Hunding-Brunnhildstellung waren bereits unter schweren Verlusten aufgegeben. Die einzige, aber vollkommen unzulänglich ausgebaute Linie, die noch dahinter lag, die Antwerpen-Maastricht-Stellung, war an einer Stelle von den Amerikanern bereits überschritten. Das deutsche Heer hatte sicher mit Heidenmut gekämpft, aber es war durch eine ungeheure Uebermacht an Menschen und namentlich an Material erdrückt worden. Die feindlichen Flieger Schwärme beherrschten die Luft, trotz aller Tapferkeit waren die wenigen deutschen Flieger gegen sie machtlos, die feindlichen Tanks durchbrachen in Schmärmern von 300 und 400 die deutschen Linien, während Deutschland nicht imstande war, Tanks zu bauen! Alle Versuche der geschlagenen deutschen Generäle, die militärische Niederlage hinwegzulügen, scheitern an den ehernen Tatsachen.

Zu der militärischen Niederlage kam die seelische Auswirkung der Hungerblockade. Was die Hehgeneräle den „Dolchstoß“ nennen, war in Wirklichkeit die — mitunter auch von ihnen selbst zugestandene — unausbleibliche moralische Rückwirkung jahrelanger Unterernährung. Hiervon handelt der zweite Teil der Kösterschen Schrift. Die moralische Erschütterung wurde eine vollkommene, als Anfang Oktober die Nachricht von der Bitte um Waffenstillstand plötzlich wie ein Blitz in das Volk einschlug.

„Ein Generalquartiermeister kann auf seiner Karte in 14 Tagen eine lebendige Armee wie Bleisoldaten vom linken auf den rechten Flügel werfen. Aber man kann nicht einer vier Jahre ausgehungerten Festungsbevölkerung von 60 Millionen Seelen von einer Woche zur anderen einen Seelenumschwung kommandieren, wie man einer Kompanie „Rechts schwenkt, marsch“ kommandiert. Nachdem insolge der dauernden deutschen Niederlagen der Glaube des Volkes an den Sieg erschüttert, insolge der deutschen Friedensbitte das Eingeständnis der Niederlage erfolgt, nachdem 14 Tage lang zwischen Berlin und Washington öffentlich über den Frieden verhandelt worden war, konnte es für die große Masse des sechtenden und arbeitenden, des leidenden und enttäuschten Volkes nur ein Ziel, nur eine Hoffnung geben: Frieden. Das hat nichts mit Bolschewismus und nichts mit Pazifismus zu tun. Das war wie ein Geschütz, das sich verschossen hat.“

Die Ludendorff-Legende versucht nun noch einen letzten Dreh, indem sie behauptet, Deutschland hätte im November 1918 noch weiter kämpfen müssen, um einen besseren, einen

*) „Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen?“ von Adolf Köster. Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H. Berlin W. 35.

Aufzeichnungen über sämtliche Munitions-, Waffen- und Geschützdepots.

Diese Artillerieakten enthalten aber auch die Infanterieaufstellung von Oberland. Die drei Infanteriebrigaden sind unter den Namen Eiche, Buche und Esche aufgeführt. Für diese Infanteriebrigaden sind sämtliche Ausrüstungsgegenstände in reichem Maße vorhanden. Der Artillerieformation genügen die Waffen, die sie besitzt, nicht, weshalb sie auch ein Verzeichnis von den Fabrikten angefertigt hat, die im Bedarfsfall sofort Munition herstellen würden. Zu den Waffenverklebungen dieser Infanterieformation stellt eine Firma auch Automobile, die bereits in das Eigentum des Freikorps übergeführt sein sollen.

Das Geheimtelegramm, das am 4. September von München an Dr. Ruge in Breslau gesandt wurde, enthält auch eine

Anweisung zum Nord an einen Angehörigen

des Freikorps Oberland, unter Bezugnahme auf ein weiteres Mitglied der Organisation, welches wegen Verrat bereits erschossen wurde. In München fand kürzlich eine Führerbesprechung der Obersten statt, in welcher neuerdings über die Befreiung des „Hauptmanns von Kessel“ (richtig: Klefer) verhandelt wurde. Es wurde hierbei auch mitgeteilt, daß täglich Mannschaften nach Tirol abgehen und in Tiroler Arbeitsgemeinschaften untergebracht werden. Des weiteren wurde ein sogenanntes Linienregiment aufgestellt, in dem sämtliche Arbeitsgemeinschaften, die für einen Rechtsputsch in Frage kommen, eingetragen sind. Auch eine Liste über Kraftwagen und Waffenlager ist angefertigt. An dieser Führerbesprechung nahm

auch der staatsrätlich verfolgte Dr. Ruge

teil. Ein Breslauer Rechnungsrat liefert an die Organisation vor allem die Berichte über den Aufenthalt führender Regimentspersonen. Dr. Ruge hat im Hotel „Deutscher Kaiser“ gewohnt. Von einem Berliner Oberregierungsrat erhielt er die Mitteilung, daß eine Umsturzbewegung nur dann Erfolg verspreche, wenn es gelänge, vorher einen Einspruch vorzulegen, auf den dann unsere militärischen Aktionen folgen können. Die Großindustriellen, die die Mörderzentrale finanziell unterstützen, erklärten sich bereit,

für politische Verbrechen jeden gewünschten Betrag zur Verfügung zu stellen. Einer derselben hat einem Kurier gegenüber geäußert, er bekomme eine Million, wenn er in den Zel-

„annehmbaren“ Frieden zu bekommen. Mit Recht weist Koster darauf hin, welcher ungeheurer Widerstand darin liegt, daß dieselben Kreise ausgerechnet im November 1918 die Möglichkeit einer solchen Lösung sahen, die während des ganzen Weltkrieges gepredigt hatten, das deutsche Volk habe nur zwischen Sieg und Niederlage zu wählen, einen Frieden auf der mittleren Linie gäbe es nicht. Wenn es die Möglichkeit eines solchen Friedens gab, so lag sie jedenfalls vor dem Zusammenbruch. Aber — und das ist eine sehr wichtige Feststellung — Ludendorff selber hat bis zum Augenblick des Zusammenbruchs von einem Verständigungsfrieden nichts wissen wollen. Denn im August 1918, als das Westheer noch eine wirkliche Macht darstellte, als Bulgarien und die Türkei noch nicht zusammengebrochen waren, hatte die OHL beschlossen, mit einem Friedensangebot vorläufig noch zu warten. Als sie sich im Oktober 1918 endlich überwand, ihre Niederlage eingestehen, war es zu spät:

Jetzt war Ludendorff nicht nur im Westen militärisch geschlagen. Jetzt war Deutschland in Europa auf allen Seiten zusammengebrochen. Die Alliierten diktierten. Die Zeit zu einem annehmbaren Frieden der Konzessionen war vorbei. Wer in dieser Situation an ihn glaubte, war ein größerer Phantast, als der europäische Pazifismus ihn jemals hervorgebracht hat.

Wir möchten wünschen, daß die Kistersche Schrift in das letzte deutsche Haus, in die letzte deutsche Hütte hineingetragen wird. Die volksvergiftende Lüge muß endlich zerstört und das Volk, soweit es den wahren Verlauf unter der bewußten Lügenpropaganda vergessen hat, an diesen zurückerinnert werden.

Einen unerschütterlichen Beitrag zu dem Thema: „Wie das deutsche Volk im Kriege belogen wurde“ liefert der Generalmajor a. D. Haefken in der „D. A. Z.“. Er spricht nämlich in einem Artikel über die Aufzählung des verstorbenen Generalobersten v. Rolke von der „unheilvollen Marnetatastrophe“, unter deren Folgen Rolke seelisch und körperlich vollkommen zusammengebrochen sei. Diese Marnetatastrophe im September 1914 hat man dem deutschen Volk zunächst gänzlich verheimlicht, dann als einen „genialen strategischen Rückzug“, als ein „planmäßiges taktisches Manöver“ hingestellt, bei dem die Deutschen eigentlich gesiegt hätten. In Wirklichkeit hat die Niederlage an der Marne den ganzen deutschen Feldzugsplan zerstört, den raschen Sieg vereitelt, den Vormarsch in Stellungskrieg verwandelt und damit die Niederlage Deutschlands entschieden. Heute sprechen die Herren Generale ganz offen von der „Marnetatastrophe“. Heute...

Wulles Kiefenschwindel.

Ein seltener Tiefstand des moralischen Verantwortlichkeitsgefühls.

Wir berichteten bereits am Sonntag über die Sensationsmeldung des Wulleschen Spätabendblattes, wonach 100 Millionen Mark der Ludendorff-Spende für Kriegsschädigte zu sozialistischer Wahlpropaganda verschleudert sein sollen. Soweit diese Behauptung geeignet war, das Ansehen der Sozialdemokratie herabzusetzen, haben wir sie energisch zurückgewiesen. Nunmehr veröffentlicht der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns durch B.T.S. eine Erklärung, in der die ganze Wullesche Sensation von A bis Z als Kiefenschwindel entlarvt wird. Herr Wulle hatte im Ton des empörten Sittenrichters vom „größten unerhörtesten Skandal der Weltgeschichte“ gesprochen, der bewirke, „daß das gesamte Ausland noch mehr wie bisher mit Fingern auf uns weist“. Der Reichsarbeitsminister gibt demgegenüber eine genaue Darstellung des Aufbaus der Volksspende (früher Ludendorff-Spende). Vor allem stellt er fest, daß die Gelder dieser Spende (etwa 160 Millionen Mark) niemals in Berlin zusammengefaßt, sondern daß die Teilschuppen in den Provinzen bzw. Ländern verblieben sind, von denen sie ausgebracht wurden. Dort werden sie von den Hauptfürsorgestellen unter Mitwirkung der Kriegsschädigtenorganisationen verwaltet. Schon aus diesem Tatbestand geht die technische Unmöglichkeit hervor, die Gelder zu Wahl-

zwecken zu mißbrauchen. Die Erklärung des Reichsarbeitsministers schließt mit den Worten:

Hätten Verfasser und Verbreiter der Notiz tatsächlich mit dem Interesse an dem Los der Kriegsschädigten, das ihnen jetzt den Deckmantel für ihre Sensationen liefert, den Gang der Kriegsschädigtenfürsorge verfolgt, so hätten sie wissen können und müssen, daß in den Zeitschriften und Veröffentlichungen der Kriegsschädigtenfürsorge ausgiebige Mitteilungen über die Ludendorff-Spende und ihre Verwendung gemacht worden sind. Sie hätten dann auch erfahren, daß eine geprüfte Abrechnung der Ludendorff-Spende im Frühjahr 1919 veröffentlicht und neben anderen Interessenten auch der gesamten Presse übermittelt worden ist. Aber selbst wenn sie bisher der Kriegsschädigtenfürsorge diese Aufmerksamkeit nicht geschenkt hätten, wäre es ihnen ein leichtes gewesen, durch eine Rückfrage beim Reichsausschuß oder beim Reichsarbeitsministerium den Tatbestand festzustellen. Von diesen naheliegenden und ihnen zugänglichen Möglichkeiten haben sie keinen Gebrauch gemacht.

Bürgerliche Mehrheit

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung macht Berlin zum Stützpunkt der monarchistischen Reaktion.

Wer die Republik sichern und die Berliner Stadtverwaltung von demokratischem und sozialem Geiste geleitet sehen will, stimmt am 16. Oktober für die Liste der SPD.

Dagegen aber haben sie sich nicht geschaut, verkehrliche Beschuldigungen in die Welt zu setzen, die den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen. Angesichts der Tatsache, daß das ganze deutsche Volk zum Zusammenkommen der Ludendorff-Spende beigetragen und somit ein Interesse an ihrer Verwendung hat, kann dieses Verfahren nur als der Versuch eines in der Publizistik glücklicherweise seltenen Tiefstandes des moralischen und politischen Verantwortlichkeitsgefühls gekennzeichnet werden, der allerdings nur zu sehr geeignet ist, dafür zu sorgen, daß das gesamte Ausland noch mehr wie bisher mit Fingern auf uns zeigt.

Das „Deutsche Abendblatt“ hatte übrigens als Quelle die monarchistische Wochenchrift „Die Tradition“ angegeben. Es ist interessant, daß das betreffende Heft der „Tradition“ im öffentlichen Verkehr noch gar nicht erhältlich ist. — Wir erwarten, daß das Reichsarbeitsministerium es bei seiner Erklärung nicht bewenden läßt, sondern auf gerichtlichem Wege die restlose öffentliche Klarstellung der Angelegenheit herbeiführt, damit die Welt einmal die bodenlose Leichtfertigkeit kennen lernt, mit der von monarchistischer Seite Verleumdungen verbreitet werden.

„Judenknecht Hergt — Judenkaifer Wilhelm.“

Der Parteitag der Deutschsozialen.

Die Partei „Ansperrung“ hatte am Sonntag einen „Parteitag“ zusammenberufen, auf dem die Kiefenschwinde der Partei, die einige tausend Mitglieder in 20 Ortsgruppen zählt, ebenso zum Ausdruck gelangte, wie die Kieferschwinde ihres Führers Richard Kunze, des stillen Dulders von Gardlegen. In der Rede Kunzes kamen besonders scharf die Deutschnationalen zum Ausdruck. Denn unter stürmischem Beifall stellte Kunze fest, daß sich auch bei ihnen der Einfluß jüdischen Geldes bemerkbar machte. Deshalb habe man versuchen müssen, eine eigene deutschsoziale Partei ohne jüdisches Geld (nur mit den Geldern des Sportingenieurmeisters Köhler, d. „Vorwärts“) ins Leben zu rufen. Hergt habe, so führte Kunze weiter aus, die Schuld an der Ermordung Erzbergers den Deutschsozialen zugeschoben wollen. Die Versammlung antwortete hierauf mit dem Zuruf: „Hergt ist auch ein Jude.“

dem Ehebrüchlein allmählich dienenden Wohnung waltet als Lakai Herr Konjunktio. Das heißt: Erich Walter gebraucht seine unterhaltende Trockenheit, um die Schönheiten und Schranken dieser winzigen Zugswelt postlerlich zu beleuchten. Max Hochdorf.

Die „Kunsthalle“ des Kultusministeriums. Das Preussische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung will seiner Aufgabe, dem Volk das Beste an künstlerischen und wissenschaftlichen Erfindungen zu vermitteln, durch ein neues Unternehmen dienen, das Leben ins Leben tritt. Das Ministerium hat die Firmen Julius Bard, Deutsche Verlagsanstalt, G. Grote, Julius Hoffmann, Insel-Verlag, E. A. Seemann und die Vereinigung wissenschaftlicher Verleger zu dem Deutschen Kunstverlag zusammengeschlossen, die hochwertigen Werke in musterhafter Ausstattung herausbringen werden.

Zußerdem ist von der amtlichen Stelle in Verbindung mit dem neuen Verlag eine Buch- und Kunsthandlung geschaffen worden, die in den Partieräumen des Ministeriums untergebracht ist und in den nächsten Tagen eröffnet wird. Diese „Kunsthalle“ des Kultusministeriums soll dem Publikum die Gewähr bieten, daß durch sie nur künstlerisch und literarisch einwandfreie Veröffentlichungen vermittelt werden.

Wirksamkeit der Typhusimpfung. In einer in Liverpool gehaltenen Rede hat der englische Arzt Sir Wilmet Herringham genaue Zahlen über die während des Krieges in der englischen Armee vorgekommenen Typhuserkrankungen gegeben und dabei einen Vergleich mit den entsprechenden Verhältnissen im Burenkrieg gezogen, der die Wirksamkeit der Typhusimpfung deutlich erkennen läßt. Während der drei Jahre des südafrikanischen Feldzugs betrug die durchschnittliche Stärke der englischen Armee 209 000 Mann, und unter diesen kamen über 58 000 Typhusfälle vor, davon 8000 mit tödlichem Ausgang. Dagegen sind im Weltkrieg bei einer durchschnittlichen Zahl von zwei Millionen auf englischer Seite auf den sämtlichen Kriegsschauplätzen nur 20 000 Erkrankungen an Typhus und unter diesen nur 1000 Todesfälle zu verzeichnen gewesen.

Gegen die Modernisierung Benedigs. In Benedig geht man mit der Absicht hin, eine neue Brücke vom Festland zur Stadt zu erbauen und gleichzeitig die Laguneninseln durch Erdwälle und Brücken miteinander zu verbinden. Dieser Plan hat lebhaften Widerspruch hervorgerufen, da man fürchtet, daß Benedig dadurch viel von seiner Eigenart einbüßen würde.

In einer auf dem Palatin zu Rom abgehaltenen Versammlung ist gegen das Vorhaben entschieden protestiert worden. Man hat dabei hervorgehoben, daß Benedig in seiner Besonderheit einzig auf der Welt sei und nicht, wie andere Städte, ohne Rücksicht industrialisiert und modernisiert werden dürfe. Alle Künstler und alle, die die Lagunenstadt lieben, wurden aufgefordert, sich dem Proteste anzuschließen.

Feldhof Hansen, dessen 60. Geburtstag auf den 10. Oktober fällt, hat nicht nur als Polarforscher und Geograph eine hohe Berühmtheit erlangt, sondern er steht heute gerade als Diplomat und Reichensfreund im Mittelpunkt des Interesses, da er als hervorragender

„Knecht!“ Nicht besser erging es übrigens Wilhelm. Als Kunze erzählte, daß die Monarchisten Wilhelm II. aus Holland wiederholen wollten, erscholl der Ruf: „Nicht den Judenkaifer!“ Das alte Kaiserreich habe uns ins Elend geführt, weil es verjudet war usw. usw.

Ueber das antisemitische Programm wurde gesagt: Man wolle keine Pogrome. Wenn aber die Forderungen der Deutschsozialen auf Stellung der Juden auf Fremdenrecht und auf Ausweisung aller nach 1914 eingewanderten Juden nicht erfüllt werde, dann würde es blutige Pogrome geben. Ansperrung sei also der warmste Freund der Juden, weil er sie hier vor bewahren wolle.

Die Tagung wurde noch durch zwei weitere Redner verschönt, die sich als „ehemaliger Sozialdemokrat“ bzw. „ehemaliger Kommunist“ vorstellten. Als echte Renegaten verstanden sie gut, in ihren Reden nichts von ihrer Vergangenheit merken zu lassen und das Maulheldentum ihrer Vorredner noch zu überbieten.

Eine Ansprache Wirths.

Anlässlich des 25jährigen Jubiläumestages des Katholischen Arbeitervereins Offenburg hielt der Reichstanzler Dr. Wirth eine Rede, in der u. a. sagte:

Ich gehöre nicht zu denen, die den Begriff der Unmündigkeit kennen; wir wollen auch, wenn sich die schwersten Wogen hoch auf-türmen, niemals verzagen. Wir müssen uns große Zurückhaltung auferlegen, denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Völker um uns noch immer uns mit starkem Haß verfolgen. Wir müssen zeigen, daß wir es mit dem Wiederaufbau ernst nehmen, und tun, was in unseren Kräften steht, um zu diesem Werke beizutragen. Ein Volk, das den ersten Willen zeigt, ein Volk, das aufrichtig ist, und eine Reichsregierung, auf deren Wort man unbedingt vertrauen kann, werden uns das Vertrauen der Welt wieder erwerben. Hier und da haben wir bereits Verständnis gefunden. Die große wirtschaftliche Krise, die die Welt durchlebt, wird die schwierigsten Probleme aufwerfen. Man denke nur an die vielen Millionen Arbeitsloser, die in England und Amerika existieren. Also nicht nur wir, sondern auch die Völker, die zu den Siegern zählen, haben mit großen Sorgen zu kämpfen; wir haben zwar den Frieden, aber nicht den wahren wirtschaftlichen Frieden.

Der Reichstanzler sprach sodann

von den Sanktionen am Rhein

und sagte: Besonders die militärischen Sanktionen haben wir immer als Unrecht empfunden und werden sie auch weiterhin als Unrecht empfinden. Wir haben alles getan, was wir zu erfüllen hatten, was uns gefehlt war als Bedingung für die Aufhebung der Sanktionen. Jetzt müßten auch die Alliierten mit derselben Pünktlichkeit für die Aufhebung der militärischen Sanktionen Sorge tragen. Es sei nicht gerade ein Ruhmesblatt für die Geschichte der Alliierten, daß sie die militärischen Sanktionen noch nicht aufgehoben hätten. Aber er hoffe, daß der Tag nicht mehr fern sei, wo der Krieg aufhöre und daß dann alle verständigen Menschen sich an einen Tisch zusammensetzen werden, um zu beraten, wie der drohenden wirtschaftlichen Krise in der ganzen Welt entgegengekehrt werden könne.

Der Reichstanzler kam dann auf

die oberste Frage

zu sprechen und sagte dabei etwa: Ich bin sehr besorgt um das Schicksal dieses Landes. Ich weiß nicht, ob ein Bestimmungswort bei den Alliierten eingetreten ist oder ob man etwa Lust verspürt, ein neues Band im Osten zu konstruieren, über das in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden würde. Heute noch wäre eine Verständigung mit dem polnischen Volke möglich. In Warschau hat jedoch die Bergarbeiterbewegung die Geister verbrennt und das polnische Volk geht dazu über, sich mit dem deutschen Volk zu vereinen, nachdem es sich die Russen zu Todfeinden gemacht hat und obwohl in Litauen und Galizien der Kampf noch nicht abgeschlossen ist. Soll zwischen das deutsche Volk und das polnische Volk ein verpeinender politischer Reichnam gesetzt werden? Der Gedanke an eine solche Konstruktion sollte die Politiker aller Länder abhalten, den Schritt zu tun, dem deutschen Volke deutsches Land, das Jahrhunderte lang zu uns gehört hat, durch ein Nicht zu rauben. Das deutsche Volk weiß nichts Unbilliges über die Stimmung im Völkerrat, aber

enttäuscht man Deutschland nicht

Gerade nicht um, des demokratischen Prinzips in Europa willen. Das deutsche Volk, das guten Willens ist, ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit, ein Reich des Friedens mit allen Völkern mit eigener Hand unter größten Opfern aufzubauen, darf nicht enttäuscht werden. Eine Enttäuschung wäre schmerzhaft nicht nur für die Führung der Politik und ihre große Ziele der Völkerverständigung und Völkerverständigung, nicht allein um der deutschen Regierung willen, nein, um

Desorientierter beim Völkerrat die Aufgabe erhielt, die Hilfsaktion für das hungernde Russland zu organisieren. Hansen hat eine hervorragende Rolle im politischen Leben seines Vaterlandes gespielt, indem er mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit für die Trennung Norwegens von Schweden eintrat, dann als Befehlshaber in London die Interessen seines Landes wahrnahm und schließlich während des Krieges in Amerika durch glückliche Verhandlungen die schwierige Lage Norwegens milderte.

Seine Weltreise aber hat er sich durch seine großartigen Nordpolarreisen erworben. Schon als Knabe war St.- und Schiffsbau sein liebste Beschäftigung, und nach beendeter Studienzeit zog er 1882 mit einem Seebundsgänger auf seine erste Reise ins Eismeer. Weithin bekannt wurde sein Name durch die Kühn Expedition von 1888, auf der er Grönland mit Schneehunden bereiste und zum erstenmal den Schreier von diesem geheimnisvollen Lande des ewigen Eises lieferte. Dann kam 1893 seine Nordpolarreise mit der Fram, auf der er zwar nicht den Nordpol erreichte, aber nach dreijährigen gefährlichen und aufregenden Abenteuern mit wichtigen wissenschaftlichen Ergebnissen zurückkehrte. Die Geschichte dieser unergänzlichen Tat hat er in seinem klassischen Werk „In Nacht und Eis“ geschildert, das besonders ein Lieblingsbuch der deutschen Jugend geworden ist.

Die Zeit der großen Polarreisen war damit für Hansen vorbei. Er übernahm einen Lehrstuhl als Zoologe und Ozeanologe an der Universität Kristiania, den er noch heute inne hat. „Ich bin nicht mehr jung“, sagte er kürzlich, als man ihn über seine Zukunftspläne befragte, „und wenn mich auch die Abenteuerlust noch immer verfolgt, so ist es doch klüger, sich solche Wünsche aus dem Kopf zu schlagen. Mein Bestreben an der Universität Kristiania ist das Allentags, auf das ich zurückzulehen werde, und es gibt da verschiedene ozeanographische Untersuchungen, die ich noch ausführen möchte. Im übrigen: Wach den Jungen!“

Geschichte für Politik. Heute beginnt der Einschreibetermin für das Wintersemester. Aus dem Studienplan nennen wir die Vorkursen von Staatsminister Dr. Drens über die Verwaltungsdirektion, Dr. H. Schäfer über die Bedeutung der Freiheitsrechte, H. Wald über Arbeitswissenschaft und Berufsrecht der erwerbsfähigen Jugend, Redakteur Emil Dittmer aus Geschichte, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Carl Wendt über Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, Prof. Dr. August Müller über wirtschaftliche Zusammenhänge. Das Sekretariat (geöffnet von 10 bis 3) befindet sich Schinkelplatz 6 (Alte Akademie).

Die Vortragenden im Kunsterwerbemuseum beginnen in dieser Woche: Probleme der Kleiderkunst, Montag, den 10., Bildmäßige Photographie, Donnerstag, den 13., Der Bildträger in Technik und Kunst, Freitag, den 14., Abends 8 Uhr, Eintrittskarten am Eingang.

Abolf Behne beginnt am 10. eine Vortragsreihe durch das Kaiser-Friedrich-Museum (italienische Malerei) Montag, den 10., 11. und 12. eine Reihe von Vorträgen über die Kunstgeschichte, heute und morgen, Donnerstag, den 14., 10 Uhr, Georgenstr. 50/51.

Die Dichter- und Tonkünstler-Abende des Schiller-Theaters nehmen an heutigen Montag, abends 8 Uhr, ihren Anfang. Der erste Abend behandelt den „Berliner Humor“. Es spielen mit Gertrud, Frau Stoll, Frau Wulke, Alfred Deann. Eintrittspreis 2 M., einschließlich Vorrede und Programm.

Theater am Kurfürstendamm.

„Angeborg“ von Kurt Göh.

Das Wochenende brachte die Eröffnung des Theaters am Kurfürstendamm, das Dr. Eugen Robert der Heiterkeit und jener Menschheit gewidmet hat, die sich die gute Gesellschaft nennt. Der Theaterkritiker, der zu diesem wichtigen Fest abgeordnet wurde, kann nur als taubender Laie berichten, denn er muß konstataren, daß es sich nicht um die Werke eines Kunsttempels, sondern mehr um eine Schneiderpremiere handelte. Und er muß den Theaterdirektor fragen, was er sich mit dem Betantheit gedacht hat, daß er die erste Literatur farischieden und in die entstandene Idee eine fröhlichere, von der Wochentagsarbeit erlösende und leichtlich prätend den ermüdeten Sinnen eingehende Theatererfreudung möchte. Denn derartiges hat der Direktor versprochen, indem er die Geschichte bemühte, mit dem gepflegten Zeigefinger auf den Offenbachstil hinwies und das Theater als moralische Anstalt freundlich ablehnte. Der Kritiker wendet dem zuversichtlichen und von seinen Aktionären geleiteten Direktor ein, daß er mindestens ein halbes Duzend nationalökonomischer, ästhetischer und sogar sittlicher Sünden begeht, wenn er am Kurfürstendamm nichts als den Offenbachstil und Schneiderpremierestil einbürgert. Das ist ein Fanatismus, wenn auch ein anmutig verbrämter Fanatismus, zum äußersten unbehaglich dem Freunde jenes greifen und wehmütig um Bleigroschen wimmernden Bettelweibchens, das als oberflächlich auf der Gartengitterschwelle des Kurfürstendammtheaters niederkauert. Diese alte Frau hat nämlich einen Umgang, dessen Wagen nicht überfüllt ist und dessen Knochen das Märchen von Zwiesel und Pelzen noch niemals verspürt haben. Es heißt, wenn nicht die besseren Köpfe der deutschen und der übrigen Welt lügen, daß die Genossen der Bettlerin vom Gartengitter und die Sinnen des glücklichen Direktors keineswegs sehr innig befreundet sind. Es heißt ferner, daß die prächtig fundierten Mauern eines solchen der Freude geschenkten Hauses die Kunst mäßige erweitern, an deren einem Rande der hoffnungsreiche Direktor lächelt, an deren anderem Rande das wirklich sehr schwächliche Bettelweibchen trauert.

Nachdem die läche Unsterblichkeit Franz Schuberts uns eingelullt hatte, gab man „Angeborg“, ein Spiel von Kurt Göh. Dieser angenehme Schauspieler und Plauderer verfertigte im Geiste Oskar Wildes, Oskar Blumenhals und auch der seligen Heimburg drei Akte, in denen die blonde, entzündende, dem gewinnenden Präzisen Cäcilia anvertraute Gattin eines Rentiers, Gefährtin und Räderfahrers schwankt, ob sie jenen Gang zum Gartengitterwagen wagen soll, der den Ehebruch bedeutet. Der verlockende und doch wieder jögende Herr ist Kurt Göh selber. Carl Günther nimmt mit hübsch tollerender Behandlung den Gatten Ottokar in Obhut, dem die Hörnlein schließlich doch wachsen. Adele Sandra wird Tante Ottilie gekauft. Die Heroine von ehedem wird zu jener Duenna verurteilt, die in Rührtheit oder im Bowlenrausche Aphorismen zur Liebesmannweisheit verstreut. Sie tut es gehorlich und wirkt komisch durch Mittel eines immer noch tragierenden Bewältigers. In der natürlich pompös ausgestatteten,

des Schicksals Europas wollen. Im des Schicksals insbesondere des arbeitenden deutschen Volkes wollen ist eine gerechte, eine weltanschauliche, eine ihrer Bedeutung angemessene Entscheidung in Oberbegriffen für uns eine Lebensfrage.

Dr. Reichstanzler forderte schließlich zur Einigkeit auf und warnte eindringlich davor, das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten. Nur die Zusammenziehung aller Kräfte, auch des Besiegten, könne uns wieder aufwärts führen auf dem Wege, den die christlich-gestaltete Arbeiterbewegung stets verfolgt habe und dessen Endpunkt geklärt werde von dem Zeichen der Erlösung. Der Reichstanzler streifte auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Banken, wobei er seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, daß er durchaus damit einverstanden sei, daß jene Kreise, die dem deutschen Volke helfen wollten, auch mit der Verantwortung trügen an der Führung der Regierungsgeschäfte. Über täuschen dürfe man das deutsche Volk nicht. Das Angebot müsse Wirklichkeit werden.

Briand für Weltsolidarität.

Paris, 9. Oktober. (W.B.) Ministerpräsident Briand hielt heute nachmittag bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Bankett in St. Nazaire eine Rede. Er sagte, einer schönen republikanischen Tradition zufolge wolle er vor der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten seine Gedanken zum Ausdruck bringen und die Richtlinien mitteilen, nach denen er die Politik zu orientieren gedenke. Er liebe die Polemik nicht; einige Kritiken müsse er jedoch widerlegen, weil der Ministerpräsident Frankreichs seine Autorität nicht vermindern lassen könne. Alle Angelegenheiten, die er im Namen der Nation erledige, seien Weltangelegenheiten. Man habe gesagt, wenn er, Briand gewisse Konzessionen verweigern würde, könne Frankreich einen besseren Ruhm aus seinem Siege ziehen. Frankreich habe die größten Opfer gebracht; es habe ein Anrecht auf volle Reparation seiner Schäden. Er habe aber gedacht, daß Frankreich nach dem Siege ein Anrecht auf Frieden habe und ein Anrecht darauf, in der Welt einen ersten Platz einzunehmen. Wäre das nicht so, dann seien die Männer, die Frankreich regieren, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Er habe die Regierung übernommen in der Absicht,

den Frieden für Frankreich sicherzustellen.

Das sei vielleicht keine Politik, die die Massen begeistere, aber sie führe wenigstens nicht zu Eventualitäten, aus denen die Länder oft ruiniert herauskämen. Während der Friedensverhandlungen habe Frankreich Konzessionen machen müssen. Wenn also die guten Franzosen, welche die Friedensverhandlungen geführt hätten, gezwungen gewesen seien, sich damit abzufinden, dann müßten sie die elementare Intelligenz besitzen, zu begreifen, daß er, der erst zwei Jahre nach Abschluß des Waffenstillstands zur Regierung gelangt sei, ohne ein vollkommenes Instrument in Händen zu haben, kein vollkommenes Werk schaffen könne. Wie sein Vorgänger habe er, um die Ausführung des Friedensvertrags möglich zu machen, in vollem Einverständnis mit Frankreichs Alliierten handeln müssen; ohne diese Solidarität wäre die Ausführung des Vertrags unmöglich. Aber niemals könne Frankreich alles erlangen, was man ihm schulde, weil es Dinge gäbe, die man nicht bezahlen könne.

Die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, einer Zahlung entsprochen, die alle Voraussetzungen überschreite.

Die Zahlungspflicht Deutschlands

betrug 123 Milliarden Goldmark. Sie habe zur Zeit der Festsetzung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entsprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2600 Milliarden, heute auf 4000 Milliarden Papiermark angewachsen. So änderten sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man da sagen, daß Frankreichs Forderung verflämmt wurde! Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker voneinander die Notwendigkeit ergebe, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen. Die Wäuter, deren Wechselkurs am höchsten sei, fanden in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung während Deutschland — das sei zwar paradox, weil es besiegt worden sei, — gerade in dem schlechten Stand seiner Mark die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch zu sein im Interesse aller Länder, da die Lage niemals das völlige Gleichgewicht wieder erlangen könnte, wenn die Weltsolidarität nicht hilfreiche Hand biete.

Im weiteren Verlauf seiner Rede lehnte Briand es ab, sich auf Prophezeiungen einzulassen. Um den schlechten Willen des deutschen Militarismus zu belegen, habe seine Regierung

die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort

beschlossen. Das seien Ereignisse von großer Bedeutung, die der Regierung nicht auf das Alltägliche gebucht würden, während man von ihrem Debel großes Aufsehen mache. Wenn man an 1871 erinnere, so versehe man, daß der letzte Krieg alle finanziellen und wirtschaftlichen Vorstellungen umgestoßen habe. Die Mobilisierung der Jahresschiffe 1919 habe die Regierung nicht leichten Herzens unternommen. Das Ergebnis habe gezeigt, daß sie gerechtfertigt gewesen sei, denn am Jahresende des Friedensschlusses von Frankfurt a. M. habe der Deutsche Reichstag die Niederlage Deutschlands anerkannt. Hätte man die Jahresflotte 1919 noch länger drauhen gelassen, dann hätte man den Kriegszustand unnötig verlängert. Selbsten habe Deutschland gewissenhafter als in der Vergangenheit seine Verpflichtungen erfüllt. Es habe entwaffnet. Frankreich halte an seinen Allianzen fest. Die Regierung aber versehe nicht, daß nicht allein das französische Blut auf dem Boden Frankreichs für die Freiheit geflossen sei. Frankreich werde, ohne etwas von seinem Recht auf Sicherheit aufzugeben, nicht vergessen, was es den Alliierten schulde. Seht sei Frankreich

nach Ueberlee eingeladen.

Man werde dahin gehen, um eine Dankesspflicht abzutragen und um eine Pflicht gegenüber Frankreich zu erfüllen. Frankreich müsse gerüstet bleiben, solange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Frankreich habe ein Anrecht auf Reparationen und auf seine Sicherheit. In dieser Hinsicht werde die Regierung keinen Augenblick schwanken. Die französische Regierung habe Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung. In der Kammer werde er sich auszusprechen haben. Wenn ein genialer Geist das Geheimnis besitze alles besser zu machen, als er, so werde er ihm sofort den Platz räumen. Er liebe nicht an seinem Posten, aber bis zu diesem Beweise und solange er das Schiff noch nicht im sicheren Hafen habe, wolle er die Hand am Steuer behalten.

Briand ging dann zu innerpolitischen Fragen über und betonte, daß das republikanische Regime ein Anrecht darauf habe, zu sagen: „Ich bleibe!“ Deshalb müsse man einen Ausgleich zwischen den Extremen der Linken und Rechten schaffen.

Briands Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die französische Presse beurteilt die Ansprache nach den vorliegenden Auszügen zum größten Teil günstig.

Genossenschaftliches. Zu der Notiz, die wir unter dieser Ueberschrift in Nr. 499 dieses Blattes veröffentlichten, wird uns mitgeteilt, daß ihr Inhalt durch die Ereignisse überholt ist. Wie schon in einer früheren Nummer des „Vorwärts“ angedeutet, sind die Einigungsverhandlungen unserer Fraktion im Berliner Genossenschaftsrat mit der unabhängigen Partei zu Ende geführt worden. Es ist vereinbart, daß auf der aufzustellenden gemeinsamen Liste je drei Anhänger dieser beiden Parteien aufgenommen werden sollen. Zur Wahl der Stellvertreter ist vereinbart, daß von unserer Partei 4, von den unabhängigen 2 aufgestellt werden.

Groß-Berlin

Großkapitalisten auf dem Bettelpfad.

Der bekannte günstige Wind hat uns einen Bittbrief der Deutschen Volkspartei auf den Tisch geweht, der folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 5. Oktober 1921.

Sehr geehrter Herr!

Am 16. Oktober finden die Neuwahlen für die Berliner Stadtverordnetenversammlung statt, da auf die Frage der Deutschen Volkspartei hin das Oberverwaltungsgericht die bisherige Verammlung für ungültig erklärt hat.

Es ist auf diese Weise gelungen, das Schicksal Berlins noch einmal in die Hände seiner Bürger zu legen. Soll Berlin nicht unter der roten Mißwirtschaft völlig zusammenbrechen und die unerlöste Verschwendungssucht innerhalb der städtischen Verwaltung zur Katastrophe für alle werden, so müssen wir eine bürgerliche Mehrheit für die neue Verammlung erreichen.

Dieses ist aber nur möglich, wenn die große Menge der Nichtwähler, die das letzte Mal unglücklich zu Hause blieb, an die Wahlen herangeholt wird. Um alle diese Kreise aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, bedarf es einer großzügigen Werbearbeit, die bei den heutigen Verhältnissen nur mit geeigneten Mitteln und unendlich mühevoller Kleinarbeit durchführbar ist.

In dieser für uns so schwierigen und verantwortungsvollen Lage wenden wir uns an Sie mit der Bitte um Mitarbeit und besonders finanzielle Unterstützung. Lassen Sie uns für diesen sicherlich folgenschweren Wahlkampf zu Ihrem eigenen und aller Wohl nicht umsonst gebeten haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Deutsche Volkspartei, Wahlkreisverband Berlin, 42. Unterschrift.

Die Volksparteier sind schlechte Vogler. Einerseits rühmen sie sich, daß auf ihre Frage die Stadtverordnetenversammlung durch das willige Oberverwaltungsgericht aufgelöst wurde und hinterher beklagen sie sich über die „unerlöste Verschwendungssucht der städtischen Verwaltung“. Von Verschwendung kann nur gesprochen werden, wenn unnütze Ausgaben gemacht werden. Es dürfte der Volkspartei sehr schwer fallen, dafür einen Beweis zu erbringen. Wenn man von Verschwendung reden will, so könnte man das höchstens im Hinblick auf die riesigen Kosten tun, die der Stadt infolge der Neuwahlen erwachsen. Wenn es dem Magistrat gelungen ist, trotz großer durch den Krieg verursachter Ausgaben, die Schuldenlasten um einige hundert Millionen zu verringern, so dürfte damit der beste Gegenbeweis gegen die deutschvölksparteilichen Verleumdungen erbracht sein.

Es ist immerhin recht merkwürdig, daß der Stadt, die im Begriff ist, ihre Schulden zu vermindern, jetzt, wo die Wahlen stattfinden sollen, Darlehen gekündigt und die Erlangung neuen Kredits erschwert wird. Jedes Kind weiß, daß die Darlehensgeber, die so gegen das allgemeine Wohl handeln, nicht bei den Völksparteiern zu finden sind. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese edlen Geldgeber in sehr enger Ideenverbindung mit den bürgerlichen Unrechtsparteien stehen.

„Ordnungsblok“ und „Los-von-Berlin-Blok“.

306 Wahlvorschläge für den 16. Oktober.

Auf Grund der soeben herausgegebenen amtlichen Veröffentlichung der Wahlvorschläge für die Stadtverordnetenversammlung und Bezirksverordnetenwahlen am 16. Oktober läßt sich feststellen, daß insgesamt 306 Wahlvorschläge eingereicht und zugelassen worden sind. Hiervon sind 9 Stadtwahlvorschläge, 120 Kreiswahlvorschläge für die Stadtverordnetenwahlen und 167 Bezirkswahlvorschläge für die Bezirksverordnetenwahlen. Gegenüber der vorjährigen Wahl, zu der acht Stadtklisten, 114 Kreislisten und 135 Bezirkslisten, zusammen 258 Wahlvorschläge eingereicht wurden, hat sich also die Zahl der Kandidatenlisten um 48 erhöht. Diese Vermehrung ist darauf zurückzuführen, daß die Wirtschaftspartei diesmal in allen Wahlkreisen und -bezirken Kandidaten aufgestellt hat, und daß neu die Deutschsozialisten hinzukommen, während andererseits die im vorigen Jahre verzeichneten Frauenlisten jetzt wegfallen.

Von den Bezirkslisten ist folgendes erwähnenswert: In Spandau die gemeinsame Liste „Freie Vereinigung“ der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei; in Zehlendorf der „Ordnungsblok“, bestehend aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Zentrum und Kommunalbeamten; in Köpenick, Friedrichshagen der „Los-von-Berlin-Blok“ (Liste Buchdruckereibesitzer Louis Stein); in Weißensee die „Wirtschaftliche Einheitsliste“, sowie eine besondere Liste „Heim“, die der Wirtschaftspartei nahesteht dürfte. Zentrum und Demokraten haben sich auffällig oft verbunden, so in Spandau, Wilmersdorf, Tempelhof, Schöneberg-Friedenau, Treptow, Lichtenberg und Pantow. Zentrum, Demokraten und Wirtschaftspartei haben in Charlottenburg, Köpenick und Mi-Berlin verbundene Listen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei geben in Mi-Berlin, Treptow und Neuhagen zusammen, außerdem mit der Wirtschaftspartei in Tempelhof, Schöneberg, Friedenau, Lichtenberg und Pantow. Eine Listenverbindung zwischen SPD. und UEP. ist bisher nur aus Wilmersdorf bekanntgeworden.

Gattenmordprozess Hemberger.

Die Verhandlung, die heute zu Ende geführt werden soll, findet unter starkem Andrang des Publikums statt. Ein Geschworener teilt mit, daß einer seiner Freunde, bei dem Frau Proke als Dienstmädchen tätig war, ihm mitgeteilt habe, daß Proke während des Rapp-Bulches Karabiner und Handgranaten in einem Schrank seiner damaligen Braut aufbewahrt habe. — Angeklagter Proke erwidert darauf, es habe sich nicht um den Rapp-Bulch, sondern um andere Unruhen gehandelt, die zeitlich weit vorher lagen. Er habe den Regierungskruppen angehört und die Waffen nicht mit nach seiner Wohnung in Schöneberg nehmen wollen, weil er sich dort nicht sicher fühlte.

Rümmert erstattet der Gerichtsarzt, Unioersitätsprofessor Dr. Strauch, das gerichtsarztliche Gutachten. Daraus geht hervor, daß der Sachverständige Frau Hemberger und Proke etwa zehn- bis zwölftmal im Untersuchungsgefängnis untersucht und auch die Krankheitsgeschichte der beiden eingehend studiert habe. Frau Hemberger komme aus gesunder Familie. Vor sechs Jahren habe sie bei einem Selbstmordversuch eine Gasvergiftung erlitten. Die Frau sei nicht besonders klug und habe gewisse ethische Defekte, da sie keinerlei menschlichen Bedauern über die Tat und die Verurteilung der Leiche zeigte. Auch habe ihre Tat erotische Charaktermerkmale. Der Sachverständige kommt dann zu dem Schluß, daß Frau Hemberger nicht als gestörte im Sinne des Gesetzes angesehen sei, wenn auch gewisse einschränkende Züge bei ihr bemerkbar sind.

Der Angeklagte Proke habe im Felde einige Selbstmordversuche begangen. Er sei verwundet worden, habe eine Optimumerkrankung erlitten, sei ein bedeutender Nervenschwäche und hysterischer Krämpfer. Man müsse diesen Mann durchaus als minderwertig bezeichnen; er könne nur eine bedingte Glaubwürdigkeit beanspruchen.

Die Berliner Volkssbäder im Winter.

Auf eine Anfrage bei dem Berliner Magistrat bezüglich des Winterbetriebes der für die Volksgesundheitspflege so notwendigen Volkssbäder erhalten wir vom Jugendamt der Stadt Berlin folgende Antwort:

Von den Berliner städtischen Volksbadeanstalten ist gegenwärtig nur noch die in der Dennowitzstraße geschlossen. In Benutzung sind bereits die Schwimmbecken in den Anstalten an der Schillingstraße und in der Turmstraße, während die beiden Schwimmbecken der Anstalt Gerichstraße vom 1. Oktober ab wieder dauernd der Beobachtung zur Verfügung stehen. Unsere ständigen Bemühungen, die zum Vollbetriebe sämtlicher städtischen Badeanstalten benötigten Brennstoffe zugewiesen zu erhalten, haben den bis jetzt sichtbaren Erfolg gehabt.

Darüber hinaus wurden wie infolge erneuten Antrages kürzlich von der Deputation für Werke, die für die Kohlenversorgung der städtischen Betriebe zuständig ist, benachrichtigt, daß es sich erst im Oktober d. J. entscheiden würde, ob uns die für die Wiedereröffnung weiterer Schwimmhallen benötigten Brennstoffe überwiesen werden können oder nicht. Sobald wir die bestimmte Zusage der dauernden Zuteilung haben, werden weitere Schwimmhallen in Betrieb gesetzt.

Drohende Kartoffelkatastrophe.

Die große Bergesgemeinde hinter Erkner, die aus den Dörfern Fangschleuse, Grünheide, Bergluch, Gottesbrück und Mi-Buchhorst besteht, wollte zufolge amtlicher Anregung den gemeinschaftlichen Einkauf von Winterkartoffeln besorgen. Fast alle Ortsbewohner hatten bestellt, da innerhalb der Gemeinde wenig Kartoffelacker ist. Jetzt ist betanngig geworden worden, daß es unmöglich gewesen sei, auch nur einen kleinen Teil der bestellten Kartoffeln zu beschaffen. Anderen Landgemeinden bei Berlin ergeht es genau so. Auch die Groß-Berliner Kleinhändler klagen, daß sie gute Winterkartoffeln nicht aufreiben können. Was sie abgeben, reicht für den augenblicklichen Tagesbedarf, ist aber nicht viel wert. Ist da nun wieder eine große Schiebung wegen der steigenden Preise im Gange, oder welche sonstige Lieferungsverhinderung liegt vor? Offiziell wurde doch im Hochsommer beteuert, daß eine gute Kartoffelernte zu erwarten sei, und niemand Sorge um die Eindeckung für den Winter zu haben brauche.

Liebesgabenleistungen für die Opfer in Oppau holt die Firma Montag und Schoeffer, Berlin S. 42, Oranienstr. 56, kostenfrei ab und erpedierte sie auch ebenso frei.

Ausdehnung des Plakatenverkaufs. Vom 10. Oktober ab werden auch für die vom Behrter Bahnhof abgehenden D-Änge Plakaten (I. Klasse 6 M., II. Klasse 4 M., III. Klasse 2 M.) abgegeben. Der Verkauf erfolgt ausschließlich durch die Bureaus des Mitteleuropäischen Reisebureaus G. m. b. H. (M.E.R.), wo auch Vorbestellungen innerhalb der zulässigen Vorverkaufsstreit von drei Tagen vor Antritt der Reise entgegengenommen werden.

Treu bis in den Tod. Der bei der Aktiengesellschaft für Anilinproduktion beschäftigt gewesene 23jährige Kaufmann Richard L., dessen Braut Gertrud F. sich vor einigen Tagen in der Treptower Wohnung des Bräutigams mit Morphium vergiftete, begab sich am Sonntagabend nach dem Gemeindefriedhof in Baumshulsenweg, wo die Leiche der Braut aufgebahrt war. Er fand die Leichenhalle verschlossen und erschloß sich vor der Tür der Halle.

Der „Raubüberfall“ in Wannsee, der auf einen Berliner Postanwärter ausgeführt worden sein soll, ist nunmehr aufgeklärt. Der „Ueberfallene“ hat jetzt eingestanden, daß er sich selbst die Verletzungen mit dem Messer beigebracht und sich dann in den See gestürzt hatte. Die Tat hatte er begangen, weil er den Dienst verläßt und auf einer Bierreise viel Geld ausgegeben hatte.

In der Jungfernhöhe überfallen und beraubt wurde der Arbeiter Ernst G. aus der Hochstädter Straße. Als er mit seinem Rade durch die Jungfernhöhe fuhr, stellten sich ihm die Räuber in den Weg, warfen ihm vom Rade ab und nahmen ihm dieses und außerdem seine ganze Barchast ab. Während der eine mit dem Fahrrad davonfuhr, schlug sich der andere seitwärts in die Büsche und entkam.

Die Urliste der zu Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen für das Jahr 1922 liegt bis zum 9. Oktober von 9—3 Uhr. Sonntags von 10—12 Uhr für das Gebiet der früheren Stadt Berlin im Wahlbureau des Magistrats, Straßburger Str. 44, für den Ortsteil Berlin-Stralau im dortigen Rathaus Mi-Stralau 50/51, zur Einsicht aus. Gegen die Richtigkeit der Urliste kann schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Charlottenburger kaufmännische Abendkurse. An der kaufmännischen Schule in Charlottenburg beginnen am 10. Oktober neue Abendkurse in einfacher und doppelter Buchhaltung, Korrespondenz, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch, Stenographie, Maschinenschriften. Die Sprachkurse sind für Anfänger und für Teilnehmer mit Vorkenntnissen bestimmt. Anmeldungen bei der Geschäftsstelle, Wallstr. 75, täglich von 8—1 Uhr und von 6—8 Uhr (außer Sonnabnd).

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise neblig, sonst trocken und überwiegend heiter, ein wenig kühl, bei mäßigen östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Montag, den 10. Oktober:

21. Ust. (früher 46.). 7 Uhr bei 228. Magistr. 22. Jungfernhöheversammlung. 43. Ust. (früher 6. Ust.). 7 Uhr Bezirksverordnetenwahl im Altem. Götterheide 11. 4. Kreis. 7 Uhr erweiterte Ortsversammlung im Parzellhof. Ostpreußen Str. 12. 17. Kreis (Lichtenberg). 7 Uhr Jungfernhöheversammlung bei Kurtzmann, Wartenberg.

Morgen, Dienstag, den 11. Oktober:

4. Kreis, Grenzlaure Tanz, Kreis- und Wahlvereinsabend! Dienstag 7 1/2 Uhr bei Burg, Grenzlaure Altes 189. Sitzung. Die Wahlkreisoffiziere müssen die Billets abgeben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralmännerbund, Ortsgruppe Neustadt-Gr. H. am 7. Uhr in Altem. Götterheide, Hofmeister: Deutsches Vater- und Müttervereinsmitglied. Die Kandidaten der verschiedenen Parteien und des Wahlbureaus Bezirk 14 sind zu dieser Versammlung (schriftlich und mündlich) eingeladen. Tagesordnung: Das Wahlbureau wird immer größer! Wie haben die Kandidaten der Parteien zur Wahlbureau? — Reichsbund der Kriegesgeschädigten, Kriegesopfer und Kriegesinvaliden. Freitag werden 14. Nächste Bezirksversammlung: heute, Montag, abends 7 1/2 Uhr, in Wilmersdorf, Schmeider Str. 22/23.

Sport.

Menschen zu Mariendorf am Sonntag, den 9. Oktober 1921.

1. Rennen. 1. Gradisca (Gruber), 2. Vontschina (Wittenfeld), 3. Handfest (Rüger). Tot: 38: 10. Platz: 15, 16, 39: 10. Ferner liefen: Stegmann, Eber, Baron Sping, Iona Amron, Stadant, Gubant, Klaus, Gerdum, Edelbert, Juliana, Fred, Charlotte, Kamilla, Hündling, Corino, Irma Singen. — 2. Rennen. 1. Laska (Weiß), 2. Amme I (H. Wills), 3. Heldebe 1 (Wittenfeld). Tot: 44: 10. Platz: 19, 17, 20: 10. Ferner liefen: Truse, Alpen, Gschimral, Gärchen W., Wilschke, Schmeiderling, Gannedieb, Hartlein, Adis, Unward. — 3. Rennen. 1. Daphne I (Kühn), 2. Holsied (Höde), 3. Kriegesinvaliden (Kühn). Tot: 27: 10. Platz: 15, 23, 31: 10. Ferner liefen: Deborah W., Zuber, Wölke, Maurice, Perry R., Hslianti, Sping, Gasko I, Wilsch I, Hliger, Direktor. — 4. Rennen. 1. Etchen. 1. Peter I (Großmann), 2. Ordnung I (Weiß), 3. Wilmmer (H. Wills). Tot: 63: 10. Platz: 23, 24, 107: 10. Ferner liefen: Albatros, Sterton, Francisco, Jupiter III, Gies, Kuler, Bell, Hainer, Wobline, Jung, Bergfried, Langino jr., Wilschke, Hartenfeld. — 5. Rennen. 1. Rubler (Rauh), 2. Hüller (Om. Schlenker), 3. Grotus (Om. Schlenker). Tot: 28: 10. Platz: 18, 13, 43: 10. Ferner liefen: Rognum, Gourt, Schar, Döfner, Thaler, Altona, Floris W., Eder, Wagemüller, Ritz, Welsa. — 6. Rennen. 1. Great Night (Delemonn), Donna Lobb (Om. Schlenker), 2. Dorrköchen II (H. Wills). Tot: 22: 10. Platz: 15, 20, 27: 10. Ferner liefen: Arena I, Wilschke, Hundenburg, Bogdan, Wankuffel, Uraber, Union, Goh, Wölke, Gahr, Keuper. — 7. Rennen. 1. Hagelals (Helms), 2. Harald I (Metzner), 3. Fremdling (Om. Schlenker). Tot: 25: 10. Platz: 11, 12, 13: 10. Ferner liefen: Hundenburg II, Planteise, Gladsdrindl, Glandau, Gies I, Ingrid, Ruzer, Tomdag.

